

Deutsche Uhrmacher-Vereinigung (Zentralstelle zu Leipzig).

Wegen des Weihnachtsgeschäftes fand unsere Dezemberfeier schon am 12. Dezember v. J. statt und zwar unter Teilnahme sämtlicher Mitglieder, bis auf die Kollegen Magdeburg und Scholze, die entschuldigt fehlten. Aus der reichhaltigen Tagesordnung geben wir folgendes bekannt.

Zu unserer im vorigen Bericht bekannt gemachten Erklärung der Straßburger Neuesten Nachrichten können wir heute ergänzend bemerken, daß auch die übrigen dort erscheinenden Zeitungen auf unser Ersuchen sich bereit erklärt haben

Feith'sche Anzeigen

oder ähnliche Inserate nicht zu veröffentlichen. Es sind dies die Straßburger Bürger-Zeitung, Straßburger Neue Zeitung und die Straßburger Post. Auch die Nachrichten für Stadt und Land in Oldenburg haben die weitere Aufnahme der beanstandeten Inserate sofort eingestellt, wofür wir hiermit den genannten Blättern bestens danken und gleichzeitig unseren dort ansässigen Kollegen empfehlen, sich dieses Entgegenkommens bei ihren Reklamaufträgen zu erinnern.

Vom Verband deutscher Uhrengrossisten, Fachabteilung für Furnituren und Werkzeuge, erhielten wir am 15. Dezember v. J. eine Anfrage, ob die Uhrmacher noch, wie früher, an die Festsetzung eines

Mindest-Verkaufspreises für Gläser

denken. Der genannte Verband könnte dieser Frage jetzt näher treten und beabsichtigt deswegen nächstens eine Versammlung abzuhalten. Der Hamburger Uhrmacher-Verein hat sich neulich einstimmig entschieden, als Mindestpreis 40 Pfg. in Vorschlag zu bringen. Dann müßte aber noch ein Unterschied gemacht werden zwischen Savonnet-, Patent- und Flachgläsern.

Es wird uns noch mitgeteilt, daß die Sache eilt und die Herbeiführung eines allgemeinen Beschlusses beschleunigt werden muß. Umsomehr bedauern wir, daß uns die Anfrage zu spät eingeschickt wurde, während sie dem Berliner Bunde früher zuzuging. Wenn man alle Uhrmacherverbände mitarbeiten lassen will, dann müssen solche Vernachlässigungen unterbleiben.

Unsere Mitglieder bitten wir nunmehr, sich zu äußern, ob sie die Durchführung von Mindestpreisen für Taschenuhrgläser für gut und möglich halten. Eine recht rege Beteiligung an dieser Aussprache ist erwünscht.

Unter dem schönen Titel:

Ferien-Frei-Fahrt-Gesellschaft

wirbt augenblicklich in Leipzig ein Frankfurter Unternehmer auch bei den Uhrmachern zum Beitritt. Die beigetretenen Geschäftsleute müssen Rabattscheine ausgeben, die 5% der Verkaufspreise entsprechen. Diese Rabattscheine tauscht das Publikum gegen Freifahrtkarten um. Für eine Fahrkarte von Leipzig nach Berlin muß der Kunde für Mk. 176 Ware gekauft und die Rabattscheine gesammelt haben, deren Wert Mk. 8.80 beträgt. Für Mk. 6.10 kann er aber jederzeit mit dem D-Zug reisen, also um Mk. 2.70 billiger. Bei andern Reisen, zum Beispiel nach Düsseldorf, ist der Unterschied noch größer; für Mk. 546.— Ware muß da gekauft worden sein, das macht an Rabatt M. 27.30, die Bahn tut es aber schon für Mk. 16.60. Der Unterschied ist der Verdienst der Gesellschaft. Angesichts dessen wird sie wohl nicht viele Freunde finden, wenngleich zu bedenken ist, daß die Leichtgläubigen nicht alle werden.

L. Ve. m. m. Fk.

Unsere Mitglieder werden sich erinnern, daß wir im Bericht vom 1. Juli v. J. über einen Gronauer Uhrmacher R. urteilten, der die Räumung seines Warenlagers von Mk. 148000 l. Ve. m. m. Fk. ankündigte, und dabei offen aussprach, seinen Kollegen für geraume Zeit jeden Absatz unmöglich zu machen. Er wurde wegen unlauteren Wettbewerbs angezeigt, und nun kam es heraus, was er mit

der rätselhaften Inschrift sagen wollte. „Laut Vereinbarung mit meinen Fabrikanten“ hätte er, so lautete vor dem Gericht seine Entschuldigung, jederzeit Waren in dem angegebenen Umfang und Wert beziehen können und nur dieses in der Annonce zum Ausdruck gebracht. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß R. durch seine Ankündigung im Publikum die irriige Anschauung erweckt habe, daß ein vorhandenes Warenlager besonders billig verkauft werden sollte. Das Urteil lautete milde, auf 30 Mk. Geldstrafe. Die beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde verworfen.

Durch unsere Aufforderung, dem Sattler N. in Cadolzburg nicht zu liefern, haben wir es erreicht, daß die Firma, welche bisher mit ihm arbeitete, sich bereit erklärt hat, die

Lieferung einzustellen.

Hoffentlich findet dieses Vorgehen überall Nachahmung. Gelegenheiten bieten sich dazu sehr häufig. So übersendet uns der Vorsigende der Uhrmacherinnung zu Weimar die in einem schauerhaften Deutsch geschriebene Offerte eines gewissen J. G. Bergmann, Leipzig, welcher Privatleute zum Handeln mit Uhren und Schmucksachen zu verleiten sucht und ihnen dabei goldene Berge verspricht. Mit 20—30 Mk. Anlagekapital soll jeder Bezieher das Doppelte verdienen können und es Herrn B. bei jeder Bestellung danken, daß er ihn auf einen derartigen Verdienst aufmerksam gemacht hat. Er gibt gleich Anleitung für die Bestellung, bemerkt aber, daß er nur gegen Nachnahme liefert. Die Kunden können ja dann sehen, wie sie die Sachen wieder los werden; sie mögen sich des ungesetlichen Hausierweges bedienen und zur Strafe gezogen werden; Herrn B. kümmert dies sicher nicht, er hat ja sein Geld weg. Wir aber empfehlen den Genannten der Aufmerksamkeit des Grossistenverbandes, der hier auf die Goslarer Abmachungen dringen kann.

Über den Verlauf des sächsischen

Mittelstandstages,

dem der Schriftführer beigewohnt hatte, um sich über die Ziele der in neue Bahnen geleiteten Vereinigung zu unterrichten, gab der Unterzeichnete einen gedrängten Bericht und zwar nur über die Punkte, welche auch unser Gewerbe berühren. Wir lassen diesen Bericht hier folgen:

Am Sonntag, den 13. November fand in Dresden die vierte Tagung des sächsischen Mittelstandes statt. Nicht nur die außerordentlich zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und Ehren Gäste, sondern auch die Teilnahme der sächsischen Ministerien, städtischen Behörden und vieler Abgeordneten des Landtages erhob die Tagung zu einer bedeutsamen Kundgebung. Ganz besonders erhellt dies aus den Erklärungen, die Staatsminister Vögthum von Eckstädt und der Vertreter des Finanzministers, Ministerialdirektor v. Seydewitz abgaben. Verständnis und Wohlwollen wie auch der feste Wille zur Mitarbeit an der Lösung des Mittelstandes von den ihn bedrohenden Fesseln sprach aus jedem Worte der Minister. Freilich auch die Mahnung zum Vertrauen auf die eigene Kraft, auf die Selbsthilfe, ohne die dem Mittelstand auch keine Regierung Rettung bringen kann. Es fehlt uns leider hier der Raum, um ausführlich über die Versammlung berichten zu können. Unsere sächsischen Kollegen werden darüber ja auch in den Tageszeitungen Näheres gelesen haben. Auf einige Punkte besonders einzugehen, behalten wir uns aber noch vor, sobald die praktische Lösung derselben es angezeigt erscheinen läßt, daß auch wir uns daran beteiligen. Wir denken, dies wird schon bald bei dem neu geschaffenen Submissionsamte der Fall sein. Dieses Submissionsamt ist als eine Vermittlungsstelle neutraler Art gedacht. Es sollen sich daran nicht nur die Vergeber von Aufträgen, sondern auch die Bewerber um solche vertrauensvoll wenden können. Die ersteren erhalten Rat über die beste Art der Vergebung, die Prüfung der Angebote und Ausführungen der Arbeiten. Die anderen finden Belehrung über richtige Kalkulation, Anleitung zur Bewerbung um größere Arbeiten und Zusammenführung der kleineren Handwerker zu Produktionsgruppen. Auch Rechtsrat will das Submissionsamt gewähren, für Arbeitsmaschinen sorgen, Kredit beschaffen und das Mißtrauen bekämpfen, welches heute noch